

Indien und der Wandel der Mächtekonstellation in Asien

Dieter Braun

Zur Einführung in das Thema möchte ich kurz zurückblenden auf die wichtigsten großräumigen Machtgruppierungen und Interessengegensätze in Asien von den 60er Jahren bis zum Beginn unserer Dekade. Diese Periode liegt ja nicht weit zurück, und dennoch ist es schon heute schwierig, sich die damaligen Ängste, Feindbilder, Entwürfe und Aspirationen zu vergegenwärtigen. Gleichwohl sind sie das notwendige Kontrastbild zu den Veränderungen, die sich seitdem vollzogen haben. Auf diesen Wandel will ich in der Frage eingehen. Dabei gilt mein Hauptinteresse der Frage, wie sich Indien auf den Prozeß eingestellt, wie es auf ihn auch eingewirkt hat.

Im zweiten Teil geht es um das Selbstverständnis Indiens im Zusammenhang mit aktuellen Entwicklungen in der Region Südasien. Sie betreffen besonders den Komplex Pakistan-Afghanistan und, der paradigmatischen Bedeutung wegen, Indiens Einsatz als regionale Ordnungsmacht in Sri Lanka, wo seit bald zwei Jahren indische Truppen in erheblicher Stärke versucht haben, eine komplexe Bürgerkriegsentwicklung zu stabilisieren.

I.

Im Asien der 60er Jahre entwickelte sich der sino-sowjetische Konflikt zu einem beherrschenden Faktor; alle asiatischen Staaten hatten ihn in Rechnung zu stellen. Der dort gleichfalls und schon viel länger wirksame Ost-West-Konflikt erhielt aus der Sicht Moskaus ab 1971 eine zusätzliche Dimension durch die amerikanisch-chinesische Annäherung. Ihr setzten die Sowjetunion und Indien noch im selben Jahr einen Vertrag mit sicherheitspolitischer Komponente entgegen: auch Hanoi sah sich zu stärkerer Abstützung auf Moskau genötigt. Sowohl Indien wie Vietnam zogen raschen und greifbaren Vorteil aus der sowjetischen Verbindung. Als 1978 Japan vertraglich an die Seite Chinas rückte, sah sich die Sowjetunion erneut bedrängt. Sowjetische Vorwärtsstrategie in Afghanistan und indirekt in Indochina stellte um 1980 ein deutliches Polarisierungsmuster her: Die USA und ihre Verbündeten, nachdrücklich gestützt von China, stan-

den auf der einen Seite, die Sowjetunion und das sozialistische Lager, begrenzt unterstützt von Indien, auf der anderen.

Doch bereits 1982/83 zeichneten sich Entwicklungen ab, die zu einer Aufweichung dieser Fronten und einem Abbau beider übergeordneter Konfliktmuster - Ost-West und sino-sowjetisch - führen sollten: China löste sich vorsichtig von zu enger Bindung an die USA und zeigte sich zu begrenzter Kooperation mit der Sowjetunion bereit. Im handelspolitischen Bereich war zwischen 1984 und 1985 eine Steigerung von über 60% zu beobachten. Als Vorbedingung für engere politische Beziehungen erhielt China jedoch die Beseitigung der "drei Hindernisse" aufrecht. Sodann schlugen die USA 1984/85 der Sowjetunion bilaterale Gespräche über Regionalkonflikte vor. Auch dies konnte als Signal für die Beendigung der scharfen Konfrontation gelten. Im November 1985 trafen sich Reagan und Gorbatschow in Genf, wobei auch dieser Themenbereich - Konflikte in der Dritten Welt - behandelt wurde. Auch zwischen China und Indien wie zwischen Indien und den USA gab es zögernde Gesprächsbereitschaft. Im Rückblick erkennt man eine Phase der Vorbereitung weiträumiger Kräfteverschiebungen.

Ab 1986 setzte dann ein rascher, tiefgreifender Wandel in der globalen wie in der regionalen, der asiatischen Konstellation ein. Der INF-Vertrag von Ende 1987 war dabei eine wichtige Wegemarke, war er doch ein erster Schritt auf dem Weg von bloßer Rüstungskontrolle zu Abrüstung (Abbau von Mittelstreckenraketen). Bei diesem Wandel kam Gorbatschows "Neuem Denken" sicher eine katalysatorische Funktion zu, doch traf dieses Denken in anderen Machtzentren auf bereits wirksame Bereitschaft, unter dem Druck innerer und wirtschaftlicher Bedürfnisse außen- und sicherheitspolitische Prioritäten herabzustufen, ideologische Barrieren abzubauen, Verständigung anzustreben.

II.

Indien ist in diesen Prozeß verhältnismäßig spät eingetreten. Trotz des Neubeginns unter Rajiv Gandhi (1985), der international bessere Figur machte als zu Hause, zeigte sich wenig konzeptionelles Umdenken. Alte Feindbilder bestimmten weiterhin die Regierungspolitik. Bis vor kurzem blieb die indische Außenpolitik daher auf eine weitgehend statische Konstellation der internationalen Kräfte ausgerichtet, die der tatsächlich wirksamen Dynamik immer weniger entsprach. Man dachte und redete wie

gewohnt in Kategorien von "Achsen", "Machtbalancen" und "Einflußsphären", auch wenn man diese Begriffe ausdrücklich nicht auf die eigene Politik angewendet wissen wollte.

Im Vordergrund stand dabei die Annahme vom fortwirkenden Antagonismus zwischen den Blöcken, der Indien über Jahrzehnte Spielraum bei der Führung der Blockfreien verschafft hatte. Auch das sowjetisch-chinesische Verhältnis wurde als weiterhin mehr von Konflikt denn von Übereinstimmung bestimmt gewertet, woraus Indien eine fortdauernde Interessenparallelität mit der Sowjetunion ableitete. Die USA, China und Pakistan sah Indien unverändert durch eine sicherheitspolitische Achse verbunden, gegen die es sowjetischen Rückhalt benötigte. Zugleich begründete es damit seine Rüstung, die es - laut "Time", ich habe das noch nicht selbst nachgesprüft - ab 1986 zum weltgrößten Importeur von Rüstungsgütern gemacht hat. Auch schloß die angenommene Bedrohung durch ein von auswärtigen Mächten unterstütztes Pakistan die Notwendigkeit des Offenhaltes der nuklearen Option ein, also der Fähigkeit, im Eventualfall rasch Atombomben fertigstellen zu können. Bis vor kurzem galt in Delhi ferner die Annahme, daß die USA, China und andere westliche Mächte auf die Regionalpolitik Südasiens in solcher Weise einwirkten, daß sie damit die "natürliche" indische Vormachtsposition konterkarierten. Nur die Sowjetunion, so die hartnäckige Überzeugung in Delhi, erkenne die Position an und könne daher als verlässlicher Freund gelten.

Schließlich war die indische Politik gegenüber Afghanistan bis vor kurzem auf der Annahme gegründet, daß die Sowjetunion sich aus dem besetzten Land militärisch erst zurückziehen würde, wenn das Überleben der Regierung in Kabul, einer Regierung ohne islamisch-fundamentalistischen Charakter, wirklich gesichert wäre.

III.

Inzwischen hatten sich jedoch, wie erwähnt, die Prämissen zum Teil radikal geändert, und zwar sowohl im weltpolitischen wie im regionalen Zusammenhang:

- die Entspannung zwischen den Blöcken ist heute wesentlich substantieller als in früheren Phasen, weil sie auf starken Eigeninteressen nationaler Regierungen an Rüstungsabbau und wirtschaftlicher Kooperation gründet; auch ist die ideologische Komponente des Systemgegensatzes reduziert;

- diese veränderten Interessen wirken sich vor allem auf Regionalkonflikte in der Dritten Welt aus, wo die Supermächte und China heute nicht mehr zu bisherigem aktivem Engagement bereit sind - außer in Zonen deutlichen strategischen Interesses bzw. starker politischer Verpflichtung (wie z.B. noch in Afghanistan, im Falle Chinas Kambodscha);
- damit entfallen aber wesentliche Voraussetzungen der bisherigen Blockfreienpolitik Indiens, denn die Großmächte lassen sich nur noch bedingt als den Weltfrieden gefährdende Rivalen darstellen. Dies mindert Indiens internationale Profilierungsmöglichkeiten;
- die Sowjetunion und China haben sich rasch und substantiell angenähert und pflegen nicht mehr die früheren Feindbilder. Im Blick auf das bevorstehende Gipfeltreffen mit Gorbatschow sagte Deng Xiaoping, die Begegnung solle "die Vergangenheit beschließen und die Zukunft eröffnen";
- seit 1986 hat die Sowjetunion sogar Indien ausdrücklich ermutigt, seine Beziehungen zu China zu normalisieren, da China "nicht mehr bedrohlich" sei; Indien erkennt demgegenüber in der Politik Pekings weiterhin den imperialen Anspruch des "Reichs der Mitte".

Und wie wirkt sich der Wandel auf Südasien aus?

- Zum einen hat sich die Sowjetunion militärisch aus Afghanistan zurückgezogen. Damit ist Indiens Politik seit 1978 - nämlich die konsequente Unterstützung des im Kern kommunistischen Kabul-Regimes - in Gefahr, zu scheitern.

Dem stehen jedoch zwei für Indien positive Entwicklungen gegenüber:

- auswärtige Mächte, an erster Stelle die USA, haben Indien inzwischen deutlich ermutigt, eine regionale Ordnungsrolle zu übernehmen. Dies zeigte sich angesichts der Krise in Sri Lanka (s.unten) und des Umsturzversuchs auf den Malediven (November 1988); bei diesem letzten sicherte promptes indisches Eingreifen den Bestand der Regierung;
- China hat seine frühere Unterstützung der Nachbarn Indiens gegen Delhis Interessen zumindest eingeschränkt; der Wunsch nach Klimaverbesserung mit Indien hat Priorität.

Bisher zögerte Indien noch, diesen unterschiedlichen Vorgängen entsprechend differenziert zu begegnen, was zu unklaren Konturen seiner Außenpolitik geführt hat. Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß es, trotz gegenteiliger Bekundungen, aus der Konstellation des Kalten Krieges

wichtige Vorteile gezogen hatte, auf die es schwer verzichtet. Indien war sich der Unterstützung der Sowjetunion gewiß, hielt dabei die andere Supermacht rivalisierend interessiert und konnte sich als Führer der Blockfreien profilieren. Zunehmende Verständigung zwischen Washington und Moskau hat jedoch zu erneuten Kondominiums-Befürchtungen (wie schon 1972/73) geführt, daß sich nämlich die Supermächte auf Kosten indischer Interessen einigen könnten. Ein in Delhi oft zitiertes Beispiel ist deren gemeinsamer Nachdruck auf den Atomwaffen-Sperrvertrag, der von Indien vehement abgelehnt wird.

Vor diesem Hintergrund wurden auch Gorbatschows asienpolitische Initiativen (seit 1985) in Delhi skeptisch beurteilt. Die Betonung der Region des pazifischen Asien gegenüber der des Indischen Ozeans wird als Herabstufung Südasiens gewertet, die sowjetische Anerkennung amerikanischer Interessen in diesem Raum nährt die erwähnte Kondominiums-Befürchtung, der Grad des sowjetischen Entgegenkommens gegenüber China ist für Indien schwer verständlich. Insgesamt wird in diesen Vorschlägen vor allem ein Festschreiben der weltpolitischen Hierarchie gesehen, wobei sich die Supermächte und China als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der VN sowie als Kernwaffenbesitzer untereinander ihren höheren Rang attestieren. Dies ist für Indien seit langem ein Reizthema. Damit ist für die Sowjetunion auch Indiens frühere Funktion als Gegengewicht zu China weggefallen. Beim ersten Gorbatschow-Besuch in Delhi (November 1986) war die indische Irritation über diese Interessenverschiebungen sehr deutlich, beim zweiten (November 1988) war sie abgeschwächt, aber noch vermerkte die Times of India indigniert: "Gorbatschow's Neues Denken ist eine gefährliche Mischung aus Eigeninteresse und vagem Paternalismus".

Inzwischen - also zwischen 1986 und 1988 - hatte Indien sich bemüht, den Freiraum zu nutzen, den dieses Neue Denken immerhin bot, vor allem durch Verbesserung der Beziehungen zu den USA und zu China. Beide Mächte hatten daran ein reziprokes Interesse. Doch bleiben genügend Dissonanzen, sowohl zwischen Delhi und Washington wie zwischen Delhi und Peking, die solche Annäherung begrenzen.

Ich zitiere dazu einige Sätze aus der in Hongkong erscheinenden Zeitschrift "Asiaweek":

"In einem Asien mit weniger Spannungen zwischen den Supermächten herrschen auch weniger Regeln, gibt es weniger Zurückhaltung bei Machtkämpfen. In einer Welt, die weniger von übergreifenden Bündnis-Systemen bestimmt wird, kann sich das nackte Eigeninteresse einzelner

Staaten leichter durchsetzen. Die sino-sowjetische Annäherung und Moskaus neue Politik der Freundlichkeit nach allen Seiten bedeuten für Indien eine Schwächung der bisherigen Sicherheitspartnerschaft, daher neigt es dazu, seine nationale Sicherheit entsprechend zu stärken. Und da höhere Verteidigungsbereitschaft höhere Ausgaben erfordert, benötigt es ein Feindbild. Der Feind ist heute wieder verstärkt China".

Die neuen Rahmenbedingungen machen es für Indien in der Tat schwieriger, seine Rüstungsanstrengungen zu rechtfertigen. Innenpolitisch hat es dazu noch wenig Veranlassung, da wenig Druck ausgeübt wird. Jedoch ergaben sich erstmalig seit 25 Jahren fiskalische Grenzen: Der Verteidigungsetat, der seit dem Himalaya-Krieg Anfang der 60er Jahre stetig und in den letzten Jahren jeweils stark angestiegen war, wurde geringfügig gekürzt. Dies dürfte auch als Signal nach außen, vor allem an die Nachbarstaaten gemeint sein. Trotzdem laufen die meisten Beschaffungs- und Entwicklungsprogramme von Waffensystemen weiter, mittelfristig ist keine Trendwende zu erkennen. Die mit der Sowjetunion neu vereinbarten Lieferungen folgen den Regeln des Kompensationsgeschäfts: Je mehr indische Waren in die Sowjetunion exportiert werden, desto mehr sowjetische Rüstungsgüter können importiert werden. Daran bleiben vorerst beide Seiten interessiert. - Daneben bezieht Indien seit kurzem Hochtechnologie, vor allem für Rüstungszwecke, aus den USA. Auch Westeuropa liefert viel; so wird geschätzt, daß allein die schwere Artillerie, die Indien 1986 in Schweden bestellt hat, finanziell den US-Rüstungslieferungen an Pakistan während der letzten fünf Jahre entspricht.

Die Höhe der Rüstungsausgaben, einschließlich derer für Kerntechnologie und Raumfahrt sowie der Eigenproduktion, läßt die vor internationalen Foren stets wiederholten Forderungen Indiens nach globaler Abrüstung jedenfalls wenig überzeugend erscheinen. Ähnliches gilt für den seit langem in VN-Gremien vertretenen Vorschlag einer "Friedenszone Indischer Ozean": der geforderte Abzug auswärtiger Flotten würde das dortige wachsende maritime Gewicht Indiens erst voll zur Geltung bringen.

Obwohl Indien sich vorzugsweise einen Rang als führende Regionalmacht mit weltpolitischem Aktionsradius zumißt, muß es sich von außen daran messen lassen, wie es sich in seiner Subregion durchsetzen kann bzw. welchen Spielraum ihm dort die Großmächte einräumen. Die stärkste Beeinträchtigung seiner Interessen erfuhr Indien dabei seit 1981 durch die amerikanische Politik der Unterstützung Pakistans, im Zusammenhang mit Afghanistan: US-Rüstungshilfe hat Pakistans Gewicht gegenüber Indien gestärkt, und US-Waffenhilfe an den afghanischen Widerstand hat

den sowjetischen Rückzug befördert.

Den Abschluß der Genfer Afghanistan-Vereinbarung (April 1988) hatte Indien mit zwei Erwartungen verbunden: daß das amerikanische Interesse an Pakistan nachlassen und daß sich die Regierungskräfte in Kabul gegen den afghanischen Widerstand durchsetzen würden. Beides ist bisher nicht eingetreten. Die USA haben deutlich gemacht, daß sie weiter stark auf Pakistan setzen und daß sie, wie bisher, den Sturz der Kabul-Regierung als Vorbedingung afghanischer "Selbstbestimmung" betrachten. Während des Gorbatschow-Besuchs in Delhi (im November 1988) warnte Rajiv Gandhi die Sowjetunion davor, aus Afghanistan ganz abzuziehen, solange nicht die amerikanisch-pakistanische Unterstützung des Widerstandes eingestellt sein. Diese Warnung blieb jedoch ohne Wirkung. Jetzt ist das indische Prestige von der Durchhaltefähigkeit Najibullahs abhängig.

Auch hat - entgegen indischen Erwartungen - Benazir Bhutto bisher keinen modifizierenden Einfluß auf die pakistanische Afghanistanpolitik ausgeübt. Selbst wenn sie andere Akzente setzen wollte, was durchaus fraglich ist, so dürfte sie vorerst kaum sowjetischen und indischen Wünschen nach Einbeziehung der kommunistischen Partei (DVPA) in eine Koalitionsregierung in Kabul entsprechen. Kompromisse stehen möglicherweise später an, falls sich nämlich herausstellen sollte, daß die afghanischen Widerstandskräfte sich nicht entscheidend durchsetzen können. In jedem Fall werden die Vorstellungen Pakistans und Indiens über die Orientierung des künftigen Afghanistan kontrovers bleiben. Daneben gibt es jedoch nach der Redemokratisierung Pakistans Ansätze für eine zumindest atmosphärische Verbesserung der chronisch gespannten Beziehungen dieses Staates zu Indien.

Das Interesse der USA an Pakistan könnte sich in absehbarer Zukunft abkühlen, nicht zuletzt wegen des nuklearen Faktors, also der pakistanischen Bestrebungen, sich gegenüber Indien die Fähigkeit zum Bau von Atombomben zu sichern. Im amerikanischen Kongreß gibt es dagegen starken Widerstand, Sanktionen werden weiterhin gefordert, sie wurden bisher lediglich ausgesetzt wegen der pakistanischen Rolle im Afghanistankonflikt. Veränderte Prioritäten der USA, so wird jedenfalls in Delhi vermutet, könnten zu einer Annäherung Pakistans an die Sowjetunion führen. Man spricht dort vom "Taschkent-Modell", weil 1966 nach dem indisch-pakistanischen Krieg Moskau zwischen den Kontrahenten vermittelte und sich dabei und in den Jahren danach um möglichst ausgewogene Beziehungen zu beiden bemühte. Das war allerdings vor Abschluß des

sowjetisch-indischen Vertrages von 1971.

Obgleich als sicher gelten kann, daß die Sowjetunion die Sonderbeziehung zu Indien vorerst keinesfalls aufzugeben bereit sein wird, könnte eine Entwicklung in diese Richtung doch den Weg für engere Beziehungen Indiens zu den USA ebnen. Dafür hat Washington außer der erwähnten Rüstungskooperation auch andere Vorleistungen erbracht, nachdem sich dort die Ansicht durchgesetzt hat, Indien kämen wachsende Ordnungsfunktionen in Südasien zu, die mit amerikanischen Interessen vereinbar seien. Das zeigte sich am deutlichsten an der Rücksichtnahme der USA auf Indiens Politik gegenüber Sri Lanka seit 1984; diese ist in der Tat ein Testfall für die Handlungsfähigkeit einer regionalen Vormacht in der jüngsten Phase der Weltpolitik, denn Interventionen von Großmächten bei lokalen Konflikten in der Dritten Welt sind heute unwahrscheinlicher geworden, weil sie sich als zu kostspielig und politisch kontraproduktiv erwiesen haben.

Indien griff 1987 in Sri Lanka ein, um die dortige Regierungsarmee von einem koordinierten Angriff auf die tamilischen Separatisten abzuhalten. Die Aufständischen waren jahrelang von Indien unterstützt worden. Ein wichtiger Grund dafür war, daß die rund zwei Millionen srilankischen Tamilen deutlichen Rückhalt bei den etwa 50 Millionen Tamilen im indischen Unionsstaat Tamil Nadu haben, der von der Nordspitze Sri Lankas nur durch eine schmale Meeresstraße getrennt ist. Diesen ethnischen Verbindungen mußte die Zentralregierung in Delhi Rechnung tragen, sie verfolgte darüber hinaus aber auch machtpolitische Interessen.

Daß die Regierung in Colombo trotz einer als feindselig empfundenen indischen Einmischung sich zum Abschluß eines Vertrages mit Dehli bereitfand, worin eine indische Rolle in Sri Lanka völkerrechtlich abgesichert wurde, war nicht zuletzt darin begründet, daß zu dieser Zeit eine zweite Aufstandsbewegung im Hauptteil der Insel rasch um sich griff, die sich aus der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung rekrutierte, die "Volksbefreiungsfront". Ihr Charakter ist sozialrevolutionär, vor allem aber chauvinistisch-singhalesisch und anti-indisch. Die staatlichen Sicherheitskräfte wurden zu deren Niederhaltung gebraucht und waren nicht mehr in der Lage, einen Zwei-Fronten-Kampf aufrechtzuerhalten: gegen die Tamilen im Norden und Osten und gegen die "Volksbefreiungsfront" im Süden und im Zentrum der Insel. Damit erhielt die indische Friedenssicherungstruppe alsbald eine wichtige Funktion, nämlich die alleinige Eindämmung der tamilischen Separatisten. Der Vertrag vom Juli 1987 sah die Gewährung einer Teilautonomie für die Tamilengebiete vor und ent-

hielt als Gegenleistung vor allem die Garantie Indiens, daß der Inselstaat nicht gemäß den Zielen dieser militanten Gruppen geteilt werden dürfe.

Der Vertrag, der die Grundlage für die indische militärische Präsenz bildet, war und ist in Indien und noch weit mehr in Sri Lanka umstritten. Für Rajiv Gandhi wäre ein Scheitern des aufwendigen Einsatzes zur Friedenssicherung in den Tamilengebieten des Nordens und Ostens der Insel - sie kostet täglich rund drei Millionen DM - eine schwere innenpolitische Schlappe; umgekehrt würde es ihm bei den bevorstehenden nationalen Wahlen nützen, wenn er den Vertrag mit Sri Lanka als Erfolg darstellen könnte.

Unter dem Schutz der rund 50.000 Mann starken indischen Truppen wurde inzwischen in den Tamilenprovinzen eine Autonomieregelung eingeführt. Die Absicherung an dieser - der tamilischen - Bürgerkriegsfront machte es auch möglich, daß in ganz Sri Lanka gegen den erbitterten Widerstand der singhalesischen "Volksbefreiungsfront", die das politische System stürzen will, Präsidenten- und anschließend Parlamentswahlen durchgeführt werden konnten. (In Sri Lanka gibt es eine lange demokratisch-parlamentarische Tradition.) Bei den blutigen Wahlkämpfen gab es Hunderte von Toten, darunter besonders Aktivisten und Kandidaten der Parteien, doch kann man das Fazit ziehen, daß sich der demokratische Prozeß vorerst gegen den Terror durchgesetzt hat - ein in jedem Fall höchst bemerkenswertes Ereignis.

Indien sichert also nur die Tamilen-Mehrheitsgebiete. Falls die Regierung in Colombo unter dem Druck der "Volksbefreiungsfront" fallen sollte - was derzeit weniger wahrscheinlich ist-, so könnte Indien dies nicht verhindern, denn es wäre nicht in der Lage, den gesamten Inselstaat militärisch zu sichern. Westliche Südasien-Experten urteilten vor einigen Jahren, Indien könne Sri Lanka, wenn es nur wolle, militärisch besetzen, und so dachten auch viele Strategen in Delhi. Der Verlauf der Krise in Sri Lanka und der auf einen Teil der Insel beschränkte indische Einsatz haben inzwischen deutlich die Grenzen indischer Machtpolitik gezeigt, trotz der Überlegenheit des militärischen Potentials. Und auch in den Tamilen-Mehrheitsgebieten konnte die indische Streitmacht bisher trotz etwa zwanzigfacher Überlegenheit über die fanatischen "Tamil Tigers", von denen jeder eine Zyankalikapsel zum allfälligen Selbstmord um den Hals trägt, noch nicht für Frieden sorgen. Sie konnte diese lediglich unter begrenzte Kontrolle bringen, aber nicht an immer neuen blutigen Anschlägen hindern.

Indien macht in Sri Lanka Erfahrungen ähnlich denen der Amerikaner

in Vietnam oder der Sowjets in Afghanistan: gegen entschlossene Guerilla, die in der Bevölkerung Rückhalt hat, nützt militärische Überlegenheit wenig. Es ist zu hoffen, daß Indien daraus Lehren zieht und künftig den schillernden Begriff "Machtprojektion" vorsichtiger als bisher anwendet.

Doch sollte von außen anerkannt werden - was die USA auch ausdrücklich getan haben-, daß der indische Einsatz in Sri Lanka nicht einfach als Sub-Imperialismus abqualifiziert werden kann - obgleich Züge davon erkennbar sind -, sondern daß er nach erster Zwischenbilanz durchaus stabilisierende Auswirkungen gehabt hat. Daß Sri Lanka nicht auseinandergebrochen oder in Anarchie versunken ist, kann im wesentlichen der indischen Ordnungsfunktion zugeschrieben werden, auch daß dort unter schwierigsten Umständen neue Wahlen nach demokratischen Regeln durchgeführt werden konnten. Die Gefahren sind noch keineswegs gebannt. Sri Lanka ist von einer inneren Konsolidierung noch sehr weit entfernt, die indischen Truppen werden, nur wenig vermindert, möglicherweise noch jahrelang für Sicherungsaufgaben gebraucht werden, was für beide Staaten beträchtliche Probleme mit sich bringt, aber Indien hat in diesem Falle Berechenbarkeit und Stehvermögen bewiesen, und auch das sollte bei jeder Bewertung der indischen Außenpolitik in Rechnung gestellt werden.

VI.

Als Summe meiner Ausführungen ergibt sich, daß Indien beträchtliche Schwierigkeiten hatte, sich auf den Wandel der globalen und regionalen Mächtekonstellation einzustellen und sich ihm einzuordnen. Bisher ist dies erst teilweise gelungen. Alte Feindbilder können nur schwer abgebaut, jahrzehntelang eingeübte Denk- und Verhaltensweisen konnten angesichts eines schwerfälligen außenpolitischen Apparats nur langsam geändert werden. Doch der Prozeß hat begonnen, wie die Verbesserung der Beziehungen mit den USA und China, aber auch - vorerst noch begrenzter - mit Pakistan zeigt. Noch hält Indien an der Notwendigkeit des Aufbaus eines starken militärischen Potentials fest, was auch die Fähigkeit zur Machtprojektion in die Region des Indischen Ozeans sowie die Möglichkeit der Herstellung von Kernwaffen einschließt. Dies hat negative Auswirkungen vor allem gegenüber den südasiatischen Nachbarstaaten, die dieses Potential als Drohinstrument gegen sich gerichtet sehen. Doch hat der Einsatz der indischen Armee bei der Krise in Sri Lanka auch die Grenzen solcher

Möglichkeiten gezeigt, was machtpolitische Ambitionen in Delhi gedämpft haben könnte.

In gleicher Weise dürfte sich auswirken, daß der wirtschaftliche Druck auch in Indien auf eine Einschränkung machtpolitischer Zielsetzungen hinwirken wird, wie die erstmalige - geringe - Kürzung der Verteidigungsausgaben zeigt. Dieser Druck dürfte sich in der Zukunft verstärken, was verdeutlichen müßte, daß die Hauptgefahren für Sicherheit und Stabilität Indiens nicht von außen, sondern von innen her drohen, durch Bevölkerungswachstum, Massenarmut, Umweltzerstörung usw. Um ihnen zu begegnen, werden noch manche der bisher geltenden Prioritäten deutlich verändert werden müssen.

Doch sollte aus europäischem Blickwinkel auch nicht vergessen werden, daß Indien und sein asiatisches Umfeld nicht mit unseren Maßstäben gemessen werden können. In Europa war es möglich, zwischenstaatliche Konflikte zu überwinden oder zu subliminieren, weil nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen die Zeit dafür reif geworden ist. Dies gilt trotz aller globalen Interdependenz nicht für andere Regionen, insbesondere nicht für die ressourcenarmen Teile der Dritten Welt, wo andere Stadien des Bewußtseins und des materiellen Bedarfs erreicht sind. Dort werden weiterhin zwischenstaatliche Konflikte ausgetragen werden, mit politischen, wirtschaftlichen, technischen, aber auch militärischen Mitteln. Entspannung ist teilbar. Indien ist im Begriff, sich auf eine ungewisse Zukunft einzurichten, in der es wenig oder keine Unterstützung durch andere Mächte mehr erwartet und in der es daher seine eigene Sicherheit bzw. - nach dem Zitat aus "Asiaweek" - sein nacktes Eigeninteresse, so wie es dieses definiert, zu gewährleisten versuchen wird.

Dabei erhebt sich die Frage, die über mein Thema weit hinausführt, ob bei der Umstellung weltpolitischer Strukturen auf mehr Multipolarität ein Staat von der Größe und dem regionalem Gewicht Indiens auch in neuer Weise in Verantwortung eingebunden werden könnte. Die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen können nicht allein Aufgaben weltweiten Krisenmanagements übernehmen. Regionale Subsysteme werden zunehmend autonom handeln und müssen dabei eigene Verhaltensregeln entwickeln. Dem Raum Südasien, wo sich seit einigen Jahren zerbrechliche Anfänge regionaler Zusammenarbeit gezeigt haben und wo sich ein beträchtliches Potential für Entwicklung wie für Zerstörung von Lebensgrundlagen befindet, kommt dabei nicht nur im asiatischen Kontext eine rasch wachsende Bedeutung zu.